



**Positionspapier der Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz
„Für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Frieden und Freiheit!“**

Vorbemerkungen:

Mit dem vorliegenden Positionspapier setzt die GdP Rheinland-Pfalz den im Rahmen des Landesdelegiertentages im Juli 2022 in Leiwen einstimmig angenommenen Leitantrag „Für **Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Frieden und Freiheit!**“ um, der insbesondere vor dem Hintergrund der aktuell geführten Diskussionen rund um die Geschehnisse in der Silvesternacht 2022 eine besondere und aktuelle Bedeutung erlangt.

Um was es uns geht?

Mit dem Leitantrag fordern die Delegierten der GdP wegen der substantiellen Gefährdung des demokratischen Gemeinwesens in Anlehnung an den Expertenrat „Corona“ die Einrichtung eines **Demokratie-/ Rechtsstaats-Expertenrates**.

In dem Expertenrat sollen ausgewählte Rechtswissenschaftler/-innen Politikwissenschaftler/-innen, Wissenschaftler/-innen aus anderen und unterschiedlichen Disziplinen, gesellschaftliche Akteur/-innen und zahlreiche Vertreter/-innen aus der Polizei, der Justiz und dem Verfassungsschutz mitwirken.

Dieser Expertenrat erarbeitet Empfehlungen an die Landesregierung für die Demokratieförderung und zur Stärkung und Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaat. Diese Empfehlungen sollten offen gestaltet sein, sich an den Megatrends und ihren Auswirkungen auf die Gegenwart und die Zukunft orientieren, die aktuellen Geschehnisse in den Fokus nehmen und insbesondere auch auf folgende Punkte reflektieren:

- strukturierte Analyse durch Implementierung eines Periodischen Sicherheitsberichts,
- bildungspolitische Erfordernisse vom Kindes- bis ins Seniorenalter,
- personelle Erfordernisse (insbesondere bei den Exekutiv- und Judikativorganen),
- sachliche Erfordernisse (insbesondere bei den Exekutiv- und Judikativorganen),
- gesetzgeberische Notwendigkeiten,
- organisatorische Notwendigkeiten und
- Maßnahmen zur Stärkung der demokratischen Resilienz.

Krisen und Katastrophen prägen unsere Zeit

Seit einigen Jahren befindet sich die Polizei in der gesamten Bundesrepublik, insbesondere jedoch in Rheinland-Pfalz, in einer Zeit, die von der Krisen- und Katastrophenbewältigung geprägt wird.

Ausgehend von der Gefühlslage „*Es muss immer etwas Schlimmes passieren, bevor sich etwas tut*“, haben die Vielzahl der schrecklichen Ereignisse der vergangenen Jahre, wie z.B. die Amokfahrt in Trier im Dezember 2019, die Naturkatastrophe im Jahr 2021, der Mord an einem Tankstellenmitarbeiter in Idar-Oberstein im September 2021 und der Mord an einer Kollegin und einem Kollegen im Januar 2022 den Fokus der Gesellschaft, der Medien und der Politik auf den Rechtsstaat und auf die Polizei gerichtet. Jüngst auch die Vorkommnisse in der Nacht von dem 31.12.2022 auf den 01.01.2023.

Gerade die Tat in Ulmet wirft ein Schlaglicht auf die Entwicklungen des Rechtsstaates, aber auch auf den Zustand unserer Demokratie.

Daneben sind es Taten, wie der Mord an Walter Lübke, aber auch das schreckliche Verbrechen in Hanau und zahlreiche Bedrohungen und Denunzierungen von Mandatsträger/-innen, von in der Öffentlichkeit stehenden Personen oder staatlichen Repräsentant/-innen und die zunehmende Polarisierung im Zuge der Corona-Protteste, die dazu führen, dass sich Menschen nicht mehr trauen, sich für die Gesellschaft einzusetzen und öffentliche Ämter zu bekleiden. Dies birgt die Gefahr, dass sich immer mehr „Scharlatane“ durchsetzen, denen es entweder um Macht, um persönliche Ziele oder das eigene Ego geht.

Aus der Vergangenheit lernen und die Zukunft besser machen

Damit die Menschen den Staat akzeptieren und respektieren, sie sich also als loyale Bürgerinnen und Bürger an Recht und Ordnung halten, muss der Staat den Menschen das glaubhafte Versprechen für ihren inneren und äußeren Schutz liefern – und das ist in Schieflage geraten. Wir warnen als Gewerkschaft der Polizei seit Langem davor.

Das demokratische Modell der Weimarer Republik war ebenfalls von zahlreichen politischen und wirtschaftlichen Krisen geprägt, weshalb es an Vertrauen in der Bevölkerung und an Unterstützung durch die exekutive Gewalt mangelte. Das bedeutete das Ende dieser jungen Demokratie. Sie war nicht demokratiestark und wehrhaft genug.

Eine Demokratie muss verteidigt werden

Wir alle müssen lernen, die Demokratie alltäglich aktiv zu verteidigen. Das setzt voraus, dass die Wesenselemente einer Demokratie – wie beispielsweise Gewaltenteilung, das Mehrheits- und Konsensprinzip, der Minderheitenschutz, die pluralistische Meinungsvielfalt, die Tatsache, dass es sich um eine repräsentative Demokratie handelt, in der gewählt wird etc. – nicht nur als Wissensinhalte vermittelt werden dürfen, sondern dass sie gelebt, geübt und angewandt werden müssten, damit sie auf größtmögliche Akzeptanz stoßen.

Corona hat uns gezeigt, wie es gehen kann

Corona war und ist eine Herausforderung für unser Gesundheitssystem und die Gesellschaft als Ganzes, die alle umfassend bis heute fordert. Es wurde ein Expertenrat eingesetzt, der sich mit allen Aspekten auseinandersetzt, die zur erfolgreichen Bekämpfung der Pandemie erforderlich sind. In Analogie hierzu schädigen die Angriffe auf unser demokratisches System, Hass und Hetze, Aggression und Gewalt – vor allem - gegen Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte die Substanz unseres Gesellschaftssystems und drohen, dessen Fundament auszuhöhlen. Es besteht hier eine vergleichbare Bedrohungslage, auf die mit vergleichbaren Mitteln reagiert werden muss.

In einer Demokratie ist Rechtsstaatlichkeit unentbehrlich – Recht gibt uns eine objektive Verlässlichkeit

Das Recht wird oftmals als unbequem, sperrig und langsam empfunden, aber es ist in einer Demokratie auch unentbehrlich. Aus diesem Grund muss auch die Verteidigung des Rechtsstaats in unserer Gesellschaft einen wesentlichen Raum einnehmen, denn das Recht ist eben nicht von Moral und Empfindungen der gerade „Regierenden“ und der Menschen abhängig, sondern es gibt unserem Gemeinwesen und unserem Staat Ordnung und Struktur – es gibt uns objektive Verlässlichkeit. Es schafft Vertrauen, denn es gilt für jede/n gleichermaßen. Aber auch dies ist in der Vergangenheit aufgrund der mangelnden Möglichkeiten des Rechtsstaates, sich durchsetzen zu können, heftig ins Wanken geraten. Ein Beispiel ist die Diskrepanz zwischen der staatlichen Verfolgung von Ordnungswidrigkeitentatbeständen im Verkehrsbereich im Vergleich zu z.B. Beleidigungsdelikten im strafrechtlichen Bereich, z.B. bei den Reaktions- und Bestrafungszeiten oder der Einstellung von Verfahren.

Das Internet – ein durchsetzungsfreier Raum

Das Internet ist zwar kein rechtsfreier Raum, de facto aber ein weitgehend durchsetzungsfreier Raum. Die Ermittlungsinstrumente, die der Polizei zur Verfügung stehen, taugen wenig. Die Aufklärungsquote bei Delikten, die über das Internet begangen werden, sprechen eine deutliche Sprache (z.B. Kinderpornografie). Mit dem Tode bedrohte Bürgerinnen und Bürger und Mandatsträger/-innen erleben die Machtlosigkeit des Staates in seinen Bemühungen Straftaten aufzuklären, die in Anbetracht von technischen Verschleierungsmöglichkeiten und fehlender Vorratsdatenspeicherung kaum aufzuklären sind. Das Fehlen möglicher staatlicher Interventionen verunsichert Internetnutzer (sog. „Broken Web Circle“) und ermutigt solche, die sich die Anonymität des Internets für kriminelle Machenschaften oder zur Propaganda für bestimmte Ziele zu Nutze machen.

Das „Super-Grundrecht“ – Recht auf informationelle Selbstbestimmung?

Dringende Hilferufe aus Justiz und Polizei, dass hier etwas geschehen muss, werden aus politischer Opportunität überhört. Das in einer Demokratie unverzichtbare Recht auf informationelle Selbstbestimmung hat sich zu einem „Super-Grundrecht“ entwickelt. Technische Eingriffe stehen in der Eingriffsschwelle auf der Stufe mit dem Schusswaffengebrauch. Selbst Routinemaßnahmen unterliegen einem Richtervorbehalt.

Ermächtigungsgrundlagen für Eingriffe sind komplex und nur noch schwer handhabbar; die Vorgaben des BVerfG sind kaum umsetzbar. Das spüren wir aktuell bereits an vielen Stellen.

Der Staat muss wehrhaft und durchsetzungsstark sein

Ähnlich wie beim Ukraine-Krieg, der unsere gesamte Außen- und Sicherheitspolitik auf den Kopf stellt, ist zu befürchten, dass uns auch beim Thema Innere Sicherheit irgendwann eine bittere Realität ereilt, dass der Staat nicht mehr wehrhaft und abwehrbereit ist. Dass sich beispielsweise hochkriminelle, zur äußersten Brutalität bereite OK-Strukturen (Organisierte Kriminalität) in den Niederlanden festsetzen, zeigt, worauf wir uns nicht nur vorbereiten müssen, sondern was der Sicherheit in der Gegenwart bereits droht. Ausufernde Clan-Kriminalität und „rechtsfreie Räume“ darf es in unserem Land nicht geben.

Die Bedeutung der Gewaltenteilung und die Verantwortung der Politik

Nicht selten erleben wir, dass der Staat zurückweicht, wenn seine Institutionen mit moralischen Argumenten unter Druck gesetzt werden. So wird der Polizei dann struktureller Rassismus oder werden Behörden diskriminierende Verhaltensweisen unterstellt. Natürlich müssen Polizei und anderen Behörden dies aushalten. Das ist Teil unseres demokratischen Prozesses. Aber das Ganze muss mit Augenmaß und unter Wahrung der Gewaltenteilung passieren. Politiker/-innen, welche die Polizei kritisieren, sind oftmals auch Gesetzgeber/-innen. Es liegt in ihrer Hand und an ihrem Rollenverständnis, diese Diskussionen aus Vernunft und mit Augenmaß zu führen. Die Gewalten kontrollieren sich gegenseitig! Das ist gut und richtig so, aber wie dies geschieht, darf nicht vom Individuum und einer eigenen Moral abhängig sein, sondern orientiert sich an den Grundsätzen, die sich eine Gemeinschaft gegeben hat.

Die beste Kriminalpolitik ist eine gute Sozialpolitik

Unser gesellschaftliches System funktioniert nur, wenn jede und jeder die gleiche Chance auf Glück, Freiheit und Wohlstand hat. Deswegen muss der Staat mit seinem Rechtssystem Benachteiligungen ausgleichen und faire Chancen für alle ermöglichen – das muss Politik tun, denn dem Grundgesetz ist eine Ausgleichspflicht zwischen stark und schwach zu entnehmen. Hierzu gehört es auch, die Bildung von Clans und kriminellen Subkulturen nicht weiter mit einer untauglichen Einwanderungs- und Integrationspolitik, die aus Arbeitsverboten, Ausgrenzung, einer überbordenden Verwaltungsbürokratie und inkonsequentem Handeln von Polizei, Justiz und Verwaltungsbehörden besteht, zu fördern. Auch dies ist in einem Expertenrat fundiert zu beleuchten und analysieren.

Jede Gesellschaft hält nur ein bestimmtes Maß des Abstands zwischen Arm und Reich aus. Wird dieses Maß überschritten, reißt das Band der Solidarität.

Wir als Polizeibeschäftigte beobachten seit Jahren einen Riss dieses Bandes der Solidarität. Wir als Gewerkschaft der Polizei wollen das umkehren.

Soziale und Innere Sicherheit bedingen einander und sind im Zusammenspiel der Erfolgsgarant für das in einer Demokratie notwendige Vertrauen der Menschen.